

Raus aus dem Krisenmodus – wir machen junge Menschen und Familien stark

Auf einen Blick:

- Mit dem milliardenschweren **Startchancen-Programm** werden wir 4.000 Schulen mit einem besonders hohen Anteil an sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen stärken – und als Bund direkt die soziale Schieflage in der Bildung angehen. Das Programm soll schon im Schuljahr 2023/24 schrittweise starten.
- Um Kinderarmut zu bekämpfen, reicht es nicht mehr aus, nur an kleinen Stellschrauben zu drehen. Eine große Lösung muss her, die **Kindergrundsicherung**. Mit ihr schaffen wir Klarheit und Gerechtigkeit: Keine bürokratischen Hürden. Und am Ende bleibt mehr übrig – natürlich vor allem für Kinder aus armen Familien.
- Wir wollen junge Menschen aus den Warteschleifen herausholen und ihnen mit einer **Ausbildungsgarantie** den Abschluss einer Berufsausbildung, vorrangig im Betrieb, zusichern.

Familie – das steht ganz oben, wenn Menschen gefragt werden, was ihnen im Leben am wichtigsten ist. Und so ist es nur konsequent, wenn wir auf ihre Situation und ihre Bedürfnisse ein Augenmerk legen.

Für die Familie zu sorgen heißt nicht nur, das Einkommen zu sichern und die Kinder zu versorgen. Eltern wollen ihren Kindern auch etwas ermöglichen, sie beim Großwerden begleiten. Oft in der gleichen Lebensphase übernehmen Familien auch noch die Verantwortung für die ältere Generation – es wird gepflegt und gekümmert.

Wir nehmen Familien als Ganzes in den Blick. Das heißt aber auch, genau hinzusehen, denn nicht jede Familie lebt unter gleichen Bedingungen. In einer Familie gehört man zusammen. Das macht stark und gibt Halt. Und doch können nicht alle Eltern ihren Kindern den besten Start ermöglichen: Weil das nötige Geld fehlt. Die richtige Bildung und Betreuung, nicht nur für die Kleinsten. Weil Hilfe in solchen besonderen Lebenslagen oft nur schwer zu finden ist. Wir wollen Familien hier entlasten und ihnen im Alltag unter die Arme greifen. Sozialstaatliche Leistungen machen wir einfacher zugänglich.

Über allem kreist derzeit die Krise, die Probleme nicht nur deutlicher ins Licht rückt, sondern auch Menschen erfasst, die vorher ein finanziell abgesichertes Leben führen konnten. Das bereitet nicht nur Eltern Sorgen, sondern inzwischen auch der jungen Generation.

Auch die Jugend steht in der heutigen Zeit vor besonderen Herausforderungen, die in ihren Familien nur zum Teil aufgefangen werden können. Junge Menschen sind beunruhigt, wenn sie an ihre Zukunft und ihre Perspektiven denken. Diese Angst wollen wir ihnen und ihren Familien nehmen. Ihr Leben einfacher, ihre Zukunft aussichtsreich machen.

Hierfür braucht es Kraftanstrengungen auf allen Seiten: Bund, Länder und Kommunen müssen dort, wo sie sich Verantwortung teilen, zu einer neuen Bildungszusammenarbeit finden. Das Gebot der Zukunft muss heißen: Klare Zuständigkeiten in der Verantwortung, aber auch Möglichkeiten zur engen und verbindlichen Kooperation auf Augenhöhe.

Gute Chancen für alle von Kindesbeinen an

Bildung bzw. Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas müssen fester Teil des Lebens in Gemeinden und Stadtteilen werden. Die Anbindung von Bildung an den sozialen Nahraum ist dabei für uns ein Qualitätsfaktor und sollte selbstverständlich sein. Es ist wichtig, dass Ressourcen schwerpunktmäßig dorthin fließen, wo der Bedarf am größten ist. Denn nur so werden wir mittelfristig gleichwertige Lebensverhältnisse für das Aufwachsen von Kindern in Deutschland herstellen können.

Bildung und Betreuung – eine Frage der Qualität

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind die ersten Bildungsorte für Kinder außerhalb der Familie. Umso mehr muss hier die Qualität stimmen. Seit Jahren arbeiten Bund und Länder gemeinsam daran, flächendeckend für gute Bildung und Betreuung der Kleinsten zu sorgen. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz wurde 2019 der Anfang gemacht. Die Länder haben die Qualität jeweils dort verbessert, wo der Bedarf am größten war. Der Bund hat seither 5,5 Milliarden Euro investiert und wird sein Engagement mit dem KiTa-Qualitätsgesetz für weitere zwei Jahre mit knapp 4 Milliarden Euro fortsetzen.

Dabei darf es aber nicht bleiben: Bund, Länder und Kommunen sind weiter in der gemeinsamen Verantwortung, für gute Qualität in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zu sorgen: auch mit einem Qualitätsentwicklungsgesetz. Hier wird es nicht reichen, den Fokus allein auf die drei Bausteine Fachkraft-Kind-Schlüssel, sprachliche Bildung und Öffnungszeiten zu richten. Vielmehr muss es gelingen, das System der Kindertagesbetreuung ganzheitlich zu sehen und alle relevanten Bedingungen im Blick zu behalten. Personalschlüssel sind nur dann sinnvoll, wenn das Personal dafür auch da ist. Dementsprechend müssen Fachkräfte mit attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven gewonnen und gehalten werden. Hier setzen wir auf die Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Mit einem besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel schrauben wir die Qualität hoch.

Auch die sprachliche Bildung kann nur gelingen, wenn Eltern in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz gestärkt werden und der Sozialraum der Kinder in den Blick genommen wird: etwa durch Sozialraumbudgets, die den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in sozial benachteiligten Räumen und damit den Familien zu Gute kommen. Durch Qualifizierung, den Ausbau von Fachberatung und durch externe Evaluation sollen Kitaträger ihrer Verantwortung für eine gute Qualität gerecht werden können.

Milliardenschweres Programm für sozialen Ausgleich an Schulen

Bildungseinrichtungen sind in ihren Kommunen fest eingebettet und sind eine wichtige Säule in ihren Gemeinschaften. Das macht sie allerdings auch abhängig davon, wie Kommunen sozial zusammengesetzt sind und über welche finanziellen Ressourcen sie verfügen. Um Schulen hier mehr Beinfreiheit zu geben, werden wir sie besonders in benachteiligten Quartieren unterstützen: Mit dem Startchancen-Programm werden wir 4.000 Schulen in ganz Deutschland direkt mit Bundesmitteln fördern. Eine Verteilung der Mittel allein nach dem Königsteiner Schlüssel ist hier nicht sinnvoll; vielmehr müssen die Gelder dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden: etwa in Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern in Grundsicherung, mit geringem Einkommen oder aus Familien, in denen kein Deutsch gesprochen wird. Die Bundesmittel sollen die bereits bestehenden Programme der Bundesländer ergänzen – sie sollen sie nicht ersetzen.

Bildungsstudien belegen: Mehr als ein Viertel aller Grundschüler:innen kann nicht ausreichend lesen und schreiben. Und auch die Erfahrung von Eltern und Kindern in vielen Schulen Deutschlands macht deutlich, dass hier schnell etwas passieren muss. Doch insbesondere in der Bildungspolitik setzt der Föderalismus enge Grenzen. Ungeachtet dessen fordern wir das Bundesbildungsministerium auf, das Startchancen-Programm schnellstmöglich auf den Weg zu bringen und bereits im Schuljahr 2023/2024 schrittweise zu starten.

Ganztagsbetreuung an Grundschulen – wo Kinder ihre Talente entdecken

Kinder sollen gut betreut werden, auch nach der Schule und in den Ferien. Mit dem ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder schließen wir eine gravierende Lücke in der Kindertagesbetreuung. Denn bislang stellt die Betreuung von Kindern zu Beginn der Schulzeit viele Eltern auf eine harte Probe. Insbesondere Alleinerziehende wissen das.

Doch wir sehen die Ganztagesbetreuung vor allem als Ort, an dem Kinder ihre Talente entdecken und darin bestärkt werden: durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie durch Musikvereine. Im Rahmen des Entwicklungsplan Sport wollen wir auch die Kooperation mit Sportvereinen ausbauen, um vielfältige und niedrigschwellige Bewegungsangebote für Kinder zu schaffen. Der gesetzlich verankerte Rechtsanspruch bedeutet Bildung, Betreuung und Erziehung gleichermaßen. Damit diese Zusicherung auch eingelöst werden kann, werden wir in einem Dialog mit den Ländern, Kommunen, Trägern und Verbänden gemeinsam einen Qualitätsrahmen für die Ganztagsbetreuung entwickeln. Auch dabei spielen Gewinnung und Bindung von Fachkräften eine zentrale Rolle. Dazu beitragen wird unter anderem, die vollschulische Ausbildung der Erziehungsberufe dual auszurichten und sie damit kostenfrei und vergütet zu machen.

Eine sichere Zukunft für junge Menschen

Wir wollen Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in das Erwachsenenleben begleiten und absichern, auch mit Hilfe der Kindergrundsicherung. Dabei macht es für uns keinen Unterschied, ob sich jemand für eine akademische oder eine berufliche Ausbildung entscheidet. Sowohl die Berufswelt als auch das Leben wandeln sich ständig. Wenn sich die eigenen Interessen und Ziele verändern, müssen Regelwerke flexibel genug sein, damit Umorientierung und Neustarts möglich sind.

Raus aus der Warteschleife, garantiert rein in die Ausbildung

Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist nicht nur die Grundlage für die spätere Existenzsicherung, sondern zugleich Startpunkt für einen neuen Lebensweg. Der erlernte Beruf formt soziale Kompetenzen, verschafft neue Einblicke und wirkt identitätsstiftend. Kurzum: die Berufsausbildung ist ein wesentlicher Baustein für ein selbstbestimmtes Leben.

Für die Betriebe ist die duale Berufsausbildung der Garant dafür, dass nahe am tatsächlichen Bedarf ausgebildet und damit die Fachkräftebasis von morgen gesichert wird. Dennoch haben über zwei Millionen junge Menschen keinen Berufsabschluss und rund 240.000 Jugendliche befinden sich jedes Jahr im Übergangssystem, welches junge Menschen auf eine Berufsausbildung vorbereiten soll, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Wir wollen diese jungen Menschen aus den Warteschleifen herausholen und ihnen mit einer Ausbildungsgarantie den Abschluss einer Berufsausbildung, vorrangig im Betrieb, zusichern. Dazu gehört auch, dass Angebote der Berufsorientierung und die Jugendberufsagenturen ausgebaut werden, damit junge Menschen bestmögliche Unterstützung aus einer Hand erhalten.

Mehr Geld im Studium und Schule, weniger BAföG-Schulden danach

Menschen, die eine Chance ergreifen wollen, unterstützen wir. Deshalb wollen wir das BAföG grundlegend auf neue Beine stellen und in das 21. Jahrhundert überführen. Wir wollen in einer weiteren BAföG-Strukturreform den Darlehnsanteil absenken und perspektivisch abschaffen, um jungen Menschen bei Beginn einer Ausbildung die Angst vor Verschuldung zu nehmen. Zusätzlich machen wir das BAföG elternunabhängiger und öffnen es auch für Menschen höheren Lebensalters. Wir flexibilisieren das BAföG, erleichtern einen Fachrichtungswechsel und erhöhen die Förderdauer. Denn eine berufliche Neuorientierung und eine Ausbildung müssen sich an moderne Lebensrealitäten anpassen. Mit der Möglichkeit in Teilzeit zu studieren, bleibt beispielsweise mehr Zeit für die Familie.

Wenn zum Studienbeginn viele Anschaffungen anfallen, aber das Geld dafür im Elternhaus zu knapp ist, wollen wir jungen Menschen eine Starthilfe geben. Damit das BAföG seinen Auftrag zur Lebensabsicherung erfüllen kann, werden wir einen Mechanismus entwickeln, der die Förderhöhe für Schüler:innen und Studierende regelmäßiger anpasst.

Kinderarmut bekämpfen

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen oder gefährdet – obwohl es an vielen Stellen Unterstützung gibt. Doch dort, wo die Unterstützung am meisten gebraucht wird, kommt sie oft nicht an. Sei es, weil Familien nichts von ihrem Anspruch auf Leistungen wissen oder weil sie an bürokratischen Hürden scheitern. Das werden wir ändern. Wir wollen, dass Kinder sicher in einer Solidargemeinschaft aufgehoben sind. Wenn sie sich frei und gleichberechtigt fühlen, können sie stark und selbstbestimmt durchs Leben gehen. Genau deshalb haben wir ein Modell für eine Kindergrundsicherung entwickelt.

Kindergrundsicherung: Damit am Ende mehr übrigbleibt

Unser Modell für eine Kindergrundsicherung steht auf zwei Säulen: Auf einer Infrastruktur vor Ort, die zum Leben von Familien passt, ihnen das Leben leichter macht und Kindern und Jugendlichen mehr Möglichkeiten eröffnet. Und auf einer Geldleistung, von der vor allem die Kinder profitieren, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Und die damit Gerechtigkeit herstellt.

Je weniger Geld Familien zur Verfügung haben, desto mehr sollen sie von der neuen Kindergrundsicherung profitieren. Deswegen wird sie sich aus einem Festbetrag und einem gestaffelten Zuschlag, der vom Elterneinkommen abhängt, zusammensetzen. Wir wollen einen Teil der jetzigen Leistungen (Kindergeld, Steuerfreibeträge für Kinder, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Teile aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) in einer einfach zugänglichen Leistung aufgehen lassen. Das Existenzminimum von Kindern soll neu berechnet werden. Es geht uns dabei um materielle Grundsicherung sowie um gute Bildung und soziale Teilhabe.

Ohne bürokratische Hürden soll die Kindergrundsicherung direkt bei allen Kindern ankommen. Dabei müssen Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht gut ineinandergreifen und Wechselwirkungen mit anderen Leistungen berücksichtigt werden.

Das Leben von Familien leichter machen

Job und Familie sind heute leichter vereinbar als noch vor 50 Jahren. Gleichzeitig sind die Anforderungen an Familien, den Alltag zu bewältigen, gestiegen. In der Praxis ist es nicht immer einfach, eine Familie zu sein: Kinder großzuziehen ist kein Selbstläufer – genauso wenig wie die Pflege von Angehörigen. Es braucht Zeit. Und es braucht Möglichkeiten, den Alltag zu organisieren inmitten der Rush Hour des Lebens.

Mehr Spielraum für Eltern

Im Grundsatz sind sich die meisten Paare einig: Wenn Kinder da sind, sollen die Aufgaben möglichst gerecht verteilt sein. Mütter und Väter wollen ihrem Beruf nachgehen, aber auch Zeit für ihre Familie und die Alltagsorganisation haben. Doch Anspruch und Wirklichkeit klaffen oft noch auseinander. Darauf haben sich auch die Arbeitgeber einzustellen, wenn sie dem Fachkräftemangel etwas entgegensetzen wollen. Die Bundesregierung hat deshalb mit ihrer Fachkräftestrategie angekündigt, wie sie für Beschäftigte den Familienalltag erleichtern will: Um von Anfang an eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zu ermöglichen, wollen wir die Partnermonate im Elterngeld erweitern und eine zweiwöchige vergütete Freistellung nach der Geburt des Kindes für die Partnerin bzw. den Partner einführen. Die Partnerfreistellung soll analog zum Mutterschutz bei vollem Lohnausgleich erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den elternzeitbedingten Kündigungsschutz um drei Monate verlängern. All das soll selbstverständlich auch für Alleinerziehende gelten.

Entlastung pflegender Angehöriger

Familien leisten viel: Neben der Sorge für Kinder stemmen sie oft auch die Pflege von Angehörigen. Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird zu Hause von ihren Angehörigen versorgt – eine enorme körperliche und psychische, aber auch finanzielle Belastung. Denn die Arbeitszeitreduzierung, die mit der Pflege von Angehörigen häufig einhergeht, ist für viele schwer zu kompensieren. Pflegende Angehörige verdienen Anerkennung und Unterstützung. Deshalb wollen wir einen Anspruch auf Pflegezeit mit Lohnersatzleistung einführen.

Das Leben mit Alltagshelfer:innen leichter machen

Alltagshelfer:innen tragen entscheidend zur Entlastung von Familien bei. Gerade Eltern von kleinen Kindern hätten bei der Kinderbetreuung oder bei der Hausarbeit gerne mehr Unterstützung. Von den bisher bestehenden Steuerentlastungen für Haushaltshilfen profitieren aber vor allem wohlhabende Menschen. Doch auch Normalverdiener:innen sollen sich Alltagshelfer:innen leisten können, und das legal. Statt der steuerlichen Entlastungen wollen wir einen neuen Zuschuss entwickeln, der sozial gestaffelt ist. Im Fokus stehen dabei für uns zunächst Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Die Abrechnung soll so einfach wie möglich organisiert werden, möglichst über eine App, auf der zertifizierte Firmen ihre Dienstleistungen anbieten können. Wir wollen Familien entlasten, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen und Schwarzarbeit beenden.

Arbeit, die lebensnah, gesund und sicher ist

Mobile Arbeit gehört für viele Beschäftigte und Betriebe längst zum Alltag. Sie macht das Arbeiten für viele passender zum Leben und vereinfacht die Vereinbarkeit der Arbeit mit Familie. Studien haben bislang geltende Vorurteile, die Arbeitsproduktivität würde bei mobiler Arbeit sinken, widerlegt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass viel mehr möglich ist, als manche vorher dachten. Dennoch können nicht alle Tätigkeiten mobil erbracht werden. Und viele Menschen haben in der Corona-Pandemie auch negative Erfahrungen mit Entgrenzung und Überlastung gemacht. Deswegen werden wir nicht nur Beschäftigten den Rücken stärken, die mobil arbeiten möchten. Sondern wir wollen mobile Arbeit auch so ausgestalten, dass sie gesund und sicher ist. Arbeitsschutz muss auch bei mobiler Arbeit gewährleistet sein.

Für eine Ausbildung, die zum Leben passt

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und gleichzeitig den steigenden Fachkräftebedarf zu decken, werden wir die Möglichkeiten zu Aus- und Weiterbildungen in Teilzeit ausbauen. Betriebe können auf diesem Weg engagierte Fachkräfte gewinnen und auch an sich binden, die aufgrund ihrer familiären Verantwortung über ein hohes Maß an Lebenserfahrung, Verantwortungsbewusstsein und Organisationsgeschick verfügen.

Mit eigener Arbeit raus aus dem Leistungsbezug

Arbeit muss sich lohnen – immer! Diesen Leitgedanken haben wir mit den ersten Schritten zur Umsetzung des Bürgergelds konsequent fortgeführt. Noch in diesem Jahr wollen wir diesen Weg mit einem zweiten Paket weiter beschreiten. Hierzu werden wir im Sozialgesetzbuch II die Anrechnungsmethode beim Einkommen so umstellen, dass die Größe einer Familie nicht mehr für die eigene Inanspruchnahme von Sozialleistungen ausschlaggebend ist. Denn wer mit seiner Arbeit seinen eigenen Bedarf decken kann, wird fortan nicht mehr im Bürgergeld-Bezug sein. Die anderen Familienmitglieder werden weiterhin wie gehabt unterstützt.

Hilfe für Familien aus einer Hand

Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe entlastet Familien, in denen Kinder mit Behinderung leben. Mit Hilfen aus einer Hand gibt es klare Verantwortlichkeiten. Kinder werden in ihren Bedarfen ernst genommen und nicht in Schubladen sortiert. Ansprüche und Leistungen müssen klar und einfach formuliert werden. Niemand wird schlechter gestellt und die Regelungen werden bundeseinheitlich umgesetzt. Familien mit schwerst-mehrfach behinderten Kindern wollen wir besser unterstützen.